

Antrag

Linksfraktion und Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Linksfraktion und Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Verleihung eines Pankower Frauenpreises ab dem Jahr 2020**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird beauftragt:

1. Ab dem Jahr 2020 einen Pankower Frauenpreis auszuloben. Geehrt werden sollen Einzelpersonen, Frauenprojekte, Initiativen, die sich für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen und die Geschlechterdemokratie fördern.
2. Die Verleihung des Pankower Frauenpreises soll jährlich anlässlich des Internationalen Frauentages im März stattfinden.
3. Der Pankower Frauenpreis soll mit einem Betrag in Höhe von 500,00 € dotiert werden.
4. Über die Verleihung des Pankower Frauenpreises entscheidet eine bezirkliche Jury, die in Abstimmung mit dem Ausschuss für Gleichstellung, Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung, Verwaltungsmodernisierung gebildet wird.
5. Über den geplanten bezirklichen Frauenpreis informiert das Bezirksamt anlässlich der Festveranstaltung zur Benennung des großen Ratsaales nach Emma Ihler am 28. Februar 2019.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Linksfraktion und Fraktion der SPD
SPD-Fraktion: gez. BV Tannaz Falaknaz
Linksfraktion: gez. BV Tina Pfaff

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit dem Pankower Frauenpreis sollen Einzelpersonen, Frauenprojekte und Initiativen geehrt werden, die sich seit vielen Jahren für die Rechte von Frauen und Mädchen engagieren, Geschlechterdemokratie fördern und sich damit für das Einhalten von Menschenrechten einsetzen. Mit einer öffentlichen und politischen Würdigung engagierter Persönlichkeiten soll das Bezirksamt den Kampf um Geschlechtergerechtigkeit würdigen und unterstützen, sowie auf noch bestehende gesellschaftliche, soziale Ungerechtigkeiten und die Diskriminierung von Frauen hinweisen und zugleich auf das bisher Erreichte bei der Gleichstellung von Frauen und Mädchen aufmerksam machen.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Konzept und Maßnahmen zur Neugestaltung und Pflege des Andreas-Hofer-Platzes ("Brennerberg")

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern eine Planung für die Reinigung und künftige Gestaltung des Andreas-Hofer-Platzes vorzulegen, die sich an den bereits erarbeiteten Ideen und Vorschlägen der „Initiative Brennerberg“ orientiert. Dazu sollen die vorliegenden Vorschläge in einem Workshop-, bzw. Bürgerbeteiligungsverfahren der Nachbarschaft im Tiroler Viertel vorgestellt, mit ihr diskutiert und Ergänzungsvorschläge aufgenommen werden. Im Anschluss soll das Bezirksamt der BVV einen aktualisierten Zeit- und Maßnahmenplan vorlegen, auf deren Grundlage die BVV die Umsetzung beschließen kann. Parallel soll das Bezirksamt die Möglichkeiten der Finanzierung von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen prüfen und ggfs. entsprechende Mittel (Förderung, Spenden, etc.) einwerben und soweit möglich für die Umsetzung bereitstellen.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Roland Schröder, Mike Szidat

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Andreas-Hofer-Platz bildet eine wichtige Naherholungsfläche für die Bewohner im dicht besiedelten Wohngebiet des Tiroler Viertels in Pankow-Süd. Der Nutzwert dieser Fläche ist jedoch eingeschränkt durch eine andauernde übermäßige Vermüllung. Infolge ausbleibender Instandhaltungsmaßnahmen droht das Areal zu verwahrlosen. Daher ist es dringend notwendig, diesen Platz durch verschiedene Maßnahmen zu stabilisieren, aufzuwerten und dauerhaft als grüne Oase zu sichern: durch Erhöhung der Sauberkeit, Verbesserung der Attraktivität und Aufenthaltsqualität und Erneuerung der Infrastruktur.

Die „Bürgerinitiative Brennerberg“ (Ini BB) hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Erneuerungsprozess voran zu treiben und durch Aktionen in Eigeninitiative zu begleiten, insbesondere durch jährliche Reinigungsaktionen im Rahmen von „WirBerlin“. Die Ini BB hat seit ihrem Bestehen etliche Mängel identifiziert und daher eine Defizit-Analyse durch die Landschaftsarchitekten Herrburg (Pankow) in Auftrag gegeben, auf deren Grundlage wurde ein Gestaltungsplan erarbeitet. Die Ini BB legt damit einen an die politischen Gremien des Bezirks gerichteten Maßnahmenkatalog (Anlage 1) mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen vor. Das Bezirksamt wird deshalb ersucht, gemeinsam mit der Nachbarschaft im Tiroler Viertel in einem Workshop-, bzw. Bürgerbeteiligungsverfahren eine Ziel- und Maßnahmenplanung zu erarbeiten. Der vorliegende Maßnahmenkatalog und die Planskizze (Anlage 2) sollen dafür als Arbeitsgrundlage genutzt werden. Diese sollen deshalb im Verfahren der Bürgerschaft vorgestellt und mit ihr diskutiert werden, um so die Möglichkeit für Ergänzungs- und Änderungsvorschläge zu eröffnen. Im Ergebnis liegt dann eine mit der Bürgerschaft abgestimmte Maßnahmüll vor. Dieser soll dann der BVV vorgelegt werden, damit eine zügige Umsetzung erfolgen kann.

Anlage 1:

**Vorschlag für einen Stufenplan mit Maßnahmen für die künftige Gestaltung des Andreas-Hofer-Platzes („Brennerberg“) sowie für die Beseitigung der wichtigsten Defizite:
Kurzfristige Prioritäten**

Für die dringliche Beseitigung von Defiziten setzen wir folgende

Prioritäten **Stückzahl**

Sauberkeit

zusätzliche, 8 Stück 4.000

vogelsichere

Müllbehälter

zusätzlich 6 Stück 2.700

Hundekotbehälter

erhöhte Reinigungsfrequenz

Aufenthaltsqualität:

Sitzbänke 4 Stück 10.000

Attraktivität:

Aufstellung 4 Stück 8.000

altengerechter

Trimmgeräte

Anlage eines Bouleplatzes; ca. 60 3.500

qm

Weitere mittelfristige qm

Gestaltungsmaßnah

men Beläge BB

Asphaltdecke 2.832 198.240

Betonplatten 5.980 448.500

Kleinsteinpflaster 3.021 271.890

Tenne 4.501 225.000

Beläge Bolzplatz 1.856 213.440

Treppen 760 152.000

Baumneupflanzunge 23 Stück 20.700

n

Weitere Maßnahmen

- Geländer (Holz, Koppelzaun) erneuern
- Bessere Freizeitangebote: z.B. Aufarbeitung Tischtennisplatten,
- Räumung der Trümmer ehemaliger Grillplätze: Neueinrichtung von 2 Steinplattentischen
- Kinderspielplatz: Pflege der Holzgeräte; Sandspielplatz einrichten

Eigeninitiative

- Säuberungsaktion jedes Frühjahr im Rahmen von „WirBerlin“
- Errichtung eines Insektenhotels: evt. in Zusammenarbeit mit KGV Bornholm

Initiative Brennerberg

c/o Walter Birkhan, Brennerstr. 77, 13187 Berlin

w.birkhan@t-online.de

Status 7.12.2018

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Mehr Ehrenamtliche und Partner*innen für die Ehrenamtskarte Berlin Brandenburg gewinnen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, an Pankower Einrichtungen, Organisationen, Unternehmen und Initiativen heranzutreten, mit dem Ziel, diese als Partner*innen und Nutzer*innen der Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg zu gewinnen.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Tannaz Falaknaz, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die im Jahr 2017 eingeführte Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg ist als Zeichen des Dankes und der Anerkennung gegenüber ehrenamtlich Tätigen eingeführt worden. Organisationen und Initiativen, in denen Ehrenamt betrieben wird, können die Ehrenamtskarten beantragen mit denen die Ehrenamtlichen wiederum Vergünstigungen, Preisnachlässe etc. bei über 200 Partner*innen in Berlin und Brandenburg bekommen können. Pankow hat nicht nur viele Ehrenamtliche, sondern auch viele potenzielle Partner*innen, die wohlmöglich bislang noch nicht von der Partnerschaft profitiert haben. Die Gewinnung von Partner*innen in Pankow fördert nicht nur das Ehrenamt im Bezirk, sondern lädt auch landesübergreifend weitere Ehrenamtliche ein, u.a. am kulturellen Leben Pankows teilzuhaben.

Antrag

Fraktion der SPD, Linksfraktion

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Verdrängung wirksam begegnen - Abwendungsvereinbarungen inhaltlich schärfen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

zukünftig Vereinbarungen über die Abwendung des gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 27 Abs. 1 BauGB entsprechend den folgenden Maßgaben abzuschließen.

Hierzu sind die Regelungen der derzeit verwendeten Mustervereinbarung (siehe Anhang) entsprechend abzuändern bzw. zu ergänzen und die Vertragsstrafen anzupassen:

Verpflichtung des Erwerbers/der Erwerberin auf,

- Verzicht auf die Begründung von Wohn- oder Teileigentum an dem Kaufgrundstück einschließlich des in § 172 Abs. 4 S. 3 Nr. 6 BauGB geregelten Falles,
- Verzicht auf Grundrissänderungen einschließlich Balkonanbau,
- Verzicht auf Änderungen der baulichen Anlage auf dem Kaufgrundstück in Gestalt energetischer Modernisierungsmaßnahmen, sofern keine Rechtspflicht zu ihrer Durchführung besteht,
- Geltungsdauer der Abwendungsvereinbarung, solange das Kaufgrundstück im Bereich einer Erhaltungsverordnung gelegen ist

Vertragsstrafe:

- bei Verstoß gegen die Verpflichtung des Verzichts auf die Begründung von Wohn- oder Teileigentum an dem Kaufgrundstück einschließlich des in § 172 Abs. 4 S. 3 Nr. 6 BauGB geregelten Falles beträgt die zu zahlende Vertragsstrafe 1.000.000,- €,
- sämtliche weiteren in der bisherigen Musterabwendungsvereinbarung bezifferten Vertragsstrafen sind Fix-Beträge, die Rahmeneröffnungen „bis zu“ sind zu streichen.

Des Weiteren soll in die Vereinbarungen aufgenommen werden:

- der Ausschluss von Staffelmietverträgen,
- die Begrenzung von Mieterhöhungen und der Miete bei Neuvermietung, max. bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete,
- die Verpflichtung zur Begrenzung von Modernisierungsumlagen auf max. 6% bzw. max. 2 €/m².

- Grundsätzliches Anerkennen des Härtefalls im Falle von Modernisierungen bei Überschreiten von 30% des Haushaltseinkommens.

Der Inhalt zukünftig abgeschlossener Abwendungsvereinbarungen ist den vom Eigentümerwechsel betroffenen Mieter*innen in geeigneter Weise bekannt zu machen.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD, Linksfraktion
 Mike Szidat, Roland Schröder, SPD-Fraktion
 Frederik Bordfeld, Matthias Zarbock, Fraktion der Linken

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Um der fortschreitenden Wohnungsspekulation wirksam entgegenzutreten ist es erforderlich, dass der Bezirk Pankow deutlich erkennbar macht, dass das gemeindliche Vorkaufsrecht nicht nur eine „Drohkulisse“ ist und dieses vom Erwerber nur durch den Abschluss einer Abwendungsvereinbarung zu verhindern ist.

Daher ist es zwingend notwendig, dass die Option der Abwendung des Vorkaufsrechts mittels Abwendungsvereinbarung auch genauso geeignet ist, die Ziele im Sinne des sozialen Erhaltungsrechts zu erreichen. Hierfür kommt es entscheidend auf den Inhalt der getroffenen Vereinbarung an. Dem Käufer muss im Rahmen der Vertragsaushandlung möglichst viel abverlangt werden, in jedem Fall aber mehr als das Gesetz in § 172 BauGB an Rechten und Pflichten vorsieht. Die derzeit vom Bezirk Pankow verwendete Abwendungsvereinbarung ist lückenhaft und dient dem Schutz der Erhaltungsziele aus § 172 BauGB nur unzureichend, die Schlupflöcher der energetischen Sanierung, überhöhten Modernisierungsumlagen und vorgeblichen Verkaufs an Mieter wird nicht wirksam entgegengetreten.

Insbesondere die Vertragsstrafen sind derzeit zu gering und werden ggfls. vom Erwerber einkalkuliert. Besonders wichtig ist die Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, daher ist hier eine empfindliche Vertragsstrafe auf den Verstoß bezogen anzusetzen, da diese entgegen der bisherigen Regelung (50.000,- € je geschaffene Eigentumswohnung) i. V. m. mit der sofortigen Fälligkeit für den Erwerber wirtschaftlich nicht mehr ohne weiteres darstellbar wäre.

Auch die Eröffnung eines Strafrahmens (bis zu...) ist nicht zweckdienlich und zu beseitigen.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Einrichtung weiterer Eltern-Kind-Zimmer prüfen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, den Bedarf und die Möglichkeit zur Einrichtung weiterer Eltern-Kind-Zimmer in den Räumlichkeiten des Bezirksamtes zu prüfen. Bei einer positiven Prüfung wird das Bezirksamt ersucht, den Bedarf durch Einrichtung und Bereitstellung weiterer Zimmer zu decken. Bei einer negativen Prüfung soll detailliert dargestellt werden, warum die Einrichtung nicht möglich oder nötig erscheint.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Annette Unger, Tannaz Falaknaz

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Bezirksamt Pankow versteht sich als familienfreundlicher Arbeitgeber. Eine Maßnahme zur Familienfreundlichkeit sind die beim Bezirksamt eingerichteten Eltern-Kind-Zimmer, welche den Beschäftigten ermöglichen, ihre Kinder an bestimmten Tagen im Eltern-Kind-Zimmer zu betreuen. Die Einrichtung weiterer Eltern-Kind-Zimmer an den jeweiligen Standorten könnte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen und mehr Mitarbeiter*innen ermöglichen, ihre Kinder zu betreuen.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Angemessene Würdigung durch Gartengestalterische Aufwertung - Wiederbelebung des Lenné-Meyer-Denkmal

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

den auf der Werneuchener Wiese, auf einer Teilfläche von ca. 2.500 m² des Flurstücks 006/5, befindlichen Lenné-Meyer-Denkmal zu restaurieren, umzugestalten und wieder als gepflegte Grünanlage zugänglich zu machen.

Das Bezirksamt soll hierfür gemeinsam mit Bürgerinitiativen und AnwohnerInnen sowie Interessierten die Möglichkeiten der gestalterischen Aufwertung sowie der kontinuierlichen Pflege des Lenné-Meyer-Denkmal erörtern.

Insbesondere sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Ergänzung der halbrunden Heckenpflanzungen mit mittiger Öffnung zu den angrenzenden Straßen,
- Aufstellung von Kreissegment-Bänken, die der Heckenrundung folgen,
- Wiederherstellung des tiefergelegenen Ovals des Denkmal,
- Wegebezüge, die der Ursprungsidee des gestreckten Ovals folgen,
- Einbeziehung und Aufwertung der Trampelpfadverbindung an der Virchowstr.,
- Anbindung an die beiden Zugänge zum Volkspark Friedrichshain,
- Diagonalstellung der beiden Granitwürfel mit Bronzetafeln,
- Schaffung eines runden oder ovalen Beetes als Mittelpunkt der Anlage,
- Aufstellung von Informationstafeln zum Wirken von Peter Joseph Lenné und Gustav Meyer, ggfls. auch zur Geschichte der Werneuchener Wiese und des angrenzenden Volksparks Friedrichshain.

Hierzu soll das Bezirksamt auch auf die fachliche und personelle Unterstützung des Landesdenkmalamtes zurückgreifen.

Die erarbeiteten Ergebnisse sind im Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen vorzustellen.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Lenné-Meyer-Denkmal auf der Werneuchener Wiese an der Virchowstr. gelegen, befindet sich in einem erbärmlichen Zustand. Durch die temporäre Nutzung als Ausweichstandort eines Supermarktes und nicht ausreichender Pflege ist das Areal völlig verwahrlost. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet der Gedenkort der beiden bedeutendsten Berliner Gartenarchitekten Peter Joseph Lenné und Gustav Meyer buchstäblich zertrampelt wird.

In konsequenter Fortführung des einstimmigen BVV-Beschlusses VIII-0272 vom 29.11.2017 bietet sich jetzt mit der Errichtung eines temporären Schulstandortes für 600 Schülerinnen und Schüler auf der Werneuchener Wiese und der hierfür erforderlichen Tiefenenttrümmerung die Gelegenheit, für die Wiederbelebung und qualitative Aufwertung des Denkmals die notwendige Aufmerksamkeit und auch erforderliche finanzielle Unterstützung des Landes Berlin einzuwerben. Da für den temporären Schulbau lediglich 6000 bis 8000 m² incl. Freiflächen benötigt werden und die Nutzung des Areals langfristig gesichert ist, sollte dieser bei den Planungen zwingend mitberücksichtigt werden.

Denkbar wäre beispielsweise auch die Einbeziehung des vorhandenen Denkmals als Teil-Freifläche bei der Errichtung des Schulstandorts und somit eine mögliche Mit-Finanzierung über das Programm der Berliner Schulbauoffensive (BSO).

Zur Unterstützung des Vorhabens ist das Landesdenkmalamt (LDA) mit einzubeziehen. Das LDA verfügt über eine umfassende Expertise für Gartendenkmale und ist auf Bitten des Senators für Kultur und Europa bereits mit der Angelegenheit befasst. Die vorgeschlagenen Gestaltungsmaßnahmen entstammen der derzeit zwischen beteiligten Institutionen, Bürgerinitiativen sowie engagierten Anwohnerinnen und Anwohner geführten Debatte.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Gewährleistung der Schulwegsicherheit Straße am Friedrichshain

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

sich im Zuge des auf der Werneuchener Wiese zu errichtenden Ersatzschulbaus gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der Verkehrslenkung Berlin (VLB) für die Sicherstellung der Schulwegsicherheit im Kreuzungsbereich Straße am Friedrichshain/Kniprodestr./Virchowstr./Hufelandstr. einzusetzen.

Insbesondere soll die Errichtung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) oder einer Lichtsignalanlage in Form einer Bedarfsampel geprüft werden, um die gefahrlose Querung der Straße am Friedrichshain zu gewährleisten.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Bereits jetzt wird die Straße am Friedrichshain häufig in Höhe der Virchowstr. von Fußgänger*innen aus dem Bötzowviertel gequert. Zusätzlich nutzen mehrere Kitas in der Umgebung diesen Weg, um den Volkspark Friedrichshain zu erreichen. Mit dem Ersatzschulbau wird dieser Weg dann zusätzlich von den Schüler*innen genutzt werden. Aufgrund der Fahrbahnbreite, des Ausbauzustandes sowie des Straßenverlaufs in einer Halbkurve der Straße am Friedrichshain besteht hier Handlungsbedarf, spätestens mit Aufnahme des Schulbetriebs eine gefahrlose Querung zu gewährleisten.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Informationsveranstaltungen - besser planen und dokumentieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, künftige Informationsveranstaltungen zu städtebaulichen Entwicklungen bzw. Veränderungen im Bezirk, unter der Maßgabe künftiger Standards zu planen und durchzuführen.

- Ort und vor allem der zeitliche Rahmen sollte so gewählt sein, dass für direkt betroffene Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbetreibende sowie Interessierte die Möglichkeit besteht, an den Veranstaltungen teilnehmen zu können. Bei größeren Bauvorhaben ist eine Alternativveranstaltung anzubieten.
- Die Veranstaltungen sollten mindestens drei Wochen vorher im Veranstaltungskalender des Bezirksamtes berücksichtigt sein. Zudem sollten die Veranstaltungen über eine eigene Pressemitteilung angekündigt und an für den Bezirk relevante Pressevertreterinnen und Pressevertreter verschickt werden.
- Die Dokumentation ist so aufzubereiten, dass der Verlauf der Veranstaltung auch für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar ist, die an der Veranstaltung nicht teilnehmen konnten.
- Die Dokumentation sollte auch enthalten, welche Haushalte zu welchem Zeitpunkt postalisch über die Veranstaltungen benachrichtigt worden sind.
- Wortmeldungen der Teilnehmenden sind in der Dokumentation zu erwähnen.
- Untersuchungen sowie Studien sind mit der Dokumentation der Veranstaltung, öffentlich zugänglich zu machen, und auf der Seite des Bezirksamts zu veröffentlichen.
- Nachfolgeveranstaltungen sind von vornherein mit zu planen.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Tannaz Falaknaz, Annette Unger

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit dem Wachsen des Bezirks sind auch viele Veränderungen verbunden. Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Interesse daran, frühzeitig informiert und bis zu einem bestimmten Grad auch in diese Veränderungsprozesse mit einbezogen zu werden.

Informationsveranstaltungen sind wichtige Instrumente, um mit Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zu treten. Damit aber die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den bezirklichen Entscheidungsträgern gut gelingt, sind die genannten Standards unerlässlich. Versäumnisse wie bei der Informationsveranstaltung am 19.10.2018 zum Thema einer Fahrradstraße auf der Stargrader- und Gleimstraße sind zu vermeiden.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
16.01.2019 BVV

BVV/021/VIII

Betreff: Bezirkssportfest für Pankow

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht in Zusammenarbeit mit dem Bezirkssportbund die Möglichkeit eines regelmäßigen Bezirkssportfestes zu prüfen.

Dabei ist insbesondere zu prüfen:

- wie sich der Teilnehmerkreis zusammensetzen kann (Schulen, Vereine, offen usw.)
- über welche Altersgruppen sich ein solches Bezirkssportfest erstrecken kann
- für welche Sportarten ein solches Sportfest realisiert werden kann
- welche Kapazitäten (finanziell, personell und räumlich) nötig sind
- wie das Sportfest auch inklusiv gestaltet werden kann
- wie Sportvereine aus den Partnerstädten einbezogen werden können

Außerdem ist zu prüfen inwieweit Sportvereine aus Pankow sich auf einer solchen Veranstaltung vorstellen und präsentieren können.

Das Ergebnis der Prüfung soll im Ausschuss für Schule, Sport und Gesundheit vorgestellt und erörtert werden.

Berlin, den 08.01.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Gregor Kijora, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Sport ist ein wichtiger Bestandteil zum Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit. Neben dem Schulsport und den vielen Sportvereinen, muss es auch das politische Interesse des Bezirks Pankow sein den Sport im Bezirk aktiv zu fördern und Anreize zu bieten Sport zu betreiben.

Neben dem Unterhalt von Sportstätten kann der Bezirk auch durch die Veranstaltung eines Bezirkssportfestes einen Anreiz für sportliche Aktivitäten bieten und die Wichtigkeit des Sportes für unsere Gesellschaft und unseren Bezirk unterstreichen und sportliche Betätigung ehren.

Zeitgleich kann der Bezirk Pankow sein Engagement für den Sport unterstreichen und mit einem solchen Sportfest eine Vereins- und Sportartenübergreifende Netzwerkveranstaltung etablieren.

Aus diesen Gründen ist das Bezirksamt gehalten die Voraussetzungen und die Machbarkeit eines solchen Bezirkssportfestes zu prüfen.